

KARIN KULOW/WERNER RUF

BEVOR SICH DAS FENSTER SCHLIESST

**KONFLIKT IM NAHEN OSTEN: WARUM DIE ZWEI-STAAATEN-OPTION
ALS EINZIGE AUSSICHTSREICHE LÖSUNG FORCIERT WERDEN MUSS**

Die Zwei-Staaten-Option als Lösungsvariante des israelisch-palästinensischen Konflikts, die auch für DIE LINKE zu den programmatischen Grundsätzen ihrer Nahostpolitik zählt, befindet sich offenkundig an einer entscheidenden historischen Wegmarke: Entweder behält sie noch eine gewisse Realisierungschance, indem ihr endlich nachhaltige Unterstützung vor allem auch seitens westlicher Staaten zuteil wird. Oder aber sie läuft Gefahr, ihre ohnehin schon stark dezimierten Realisierungsgrundlagen vollends einzubüßen. Zweifelsohne entspräche die Zwei-Staaten-Lösung nach wie vor am ehesten den jeweils legitimen nationalen Interessen beider Seiten – nicht zuletzt auch angesichts ihrer jeweiligen, nach wie vor unveröhnlich scheinenden nationalen Selbstverständnisse. Sie ist zudem die einzige, die den existierenden völkerrechtlichen Grundlagen zur Lösung des Konflikts Rechnung trägt. Ihr endgültiges Scheitern wäre mit vielerlei unkalkulierbaren Risiken weit über die Region hinaus verbunden. Das Zwei-Staaten-Konzept sah sich von Anfang an großen Schwierigkeiten gegenüber. Mittlerweile haben diese jedoch ein solches Ausmaß angenommen, dass seine Verwirklichung zunehmend schwierig, wenn nicht gar unmöglich erscheint. Genau dies mag der Grund sein, weshalb Staaten (wie beispielsweise Schweden) oder europäische Parlamente zunehmend die Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas vollziehen bzw. einfordern.¹

VÖLKERRECHTLICHE GRUNDLAGEN

Seit fast sieben Jahrzehnten ringt die Staatengemeinschaft um die Realisierung des von der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) begründeten Zwei-Staaten-Konzepts – also des Konzepts der Errichtung zweier souveräner Staaten auf dem Boden des historischen Palästina. Die auf ihrer zweiten Vollversammlung am 29. November 1947 verabschiedete Resolution 181 (II) hatte die Aufteilung des ehemals britischen Mandatsgebiets Palästina in zwei unabhängige Staaten – einen arabischen und einen jüdischen Staat – verfügt. Für Jerusalem sollte ein Sonderregime errichtet werden.

Auf Basis dieser Resolution war dann im Mai 1948 der Staat Israel proklamiert worden, ein Jahr später erfolgte dessen Aufnahme in die UNO, wobei Israel allerdings von seiner Seite keinerlei Grenzen fixierte und wohl auch deshalb ganz bewusst bislang über keine Staatsverfassung verfügt.

Wie Israel sein Existenzrecht auf eben diese Resolution stützte, so leiten auch die Palästinenser daraus für sich das Recht auf Existenz in einem unabhängigen Staat auf historischem palästinensischen Boden ab. Darin wurden und werden sie seitens der UNO unterstützt, die sich als Begründerin des Zwei-Staaten-Konzepts gegenüber der nach wie vor ungelösten Palästinafrage durchaus in der Pflicht sieht. Kaum noch zu zählen sind die Resolutionen, in denen den

Palästinensern stets erneut die nationale Selbstbestimmung in einem unabhängigen, souveränen Staat als ein unveräußerliches Recht zugesichert wurde. Dementsprechend erhielt die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als Vertreterin des palästinensischen Volkes im November 1974 UN-Status, der es ihr erlaubte, als Beobachterin an Vollversammlungen teilzunehmen – ab Ende 1988 dann nicht mehr unter der Bezeichnung PLO, sondern als «Palästina». Seit dem 29. November 2012 besitzt Palästina in der UNO Beobachterstatus als Nichtmitgliedstaat. Auch ist es bereits Mitglied der Spezialorganisation der UNO für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Zugleich wird der Staat Palästina inzwischen von der absoluten Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten anerkannt, wobei es sich jedoch zumeist um «Dritte-Welt»-Staaten handelt.

Das Hauptproblem besteht derzeit in der Diskrepanz zwischen der Haltung der UN-Vollversammlung einerseits und des UN-Sicherheitsrates andererseits, wo vor allem die USA die Anerkennung des Existenzrechts Palästinas bzw. eines palästinensischen Staates neben Israel verhindern.

Denn obwohl die UN-Sicherheitsratsresolution 242 (1967) unmissverständlich «die Unzulässigkeit, Territorium durch Kriege zu erobern», festgeschrieben hat und dementsprechend den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den

während des Sechstagekriegs im Juni 1967 besetzten Gebieten fordert, hat sich Israel dem bislang widersetzt, wobei es sich stets auf das US-Veto verlassen konnte.² Selbst die Verurteilung der seither von Israel immer intensiver betriebenen Siedlungspolitik – auch von westlicher Seite durchweg als illegal bezeichnet – wurde per US-Veto im Sicherheitsrat blockiert. Im Fall der beiden bisher eingereichten Anträge auf volle UN-Mitgliedschaft Palästinas – im November 2011 und Ende Dezember 2014 – wurde das Zustandekommen einer Mehrheit von neun Ja-Stimmen bei der Abstimmung im Sicherheitsrat ebenfalls verhindert.

Die verbale Unterstützung der Zwei-Staaten-Lösung seitens des Westens wurde so zu einem bloßen Lippenbekenntnis. Diese ist also nur dann realisierbar, wenn sich westliche Staaten auf internationaler Ebene, vor allem im Rahmen der UNO, tatkräftig dafür engagieren. Eine tragfähige Grundlage dafür böte zweifelsohne das von der Arabischen Liga³ 2002 unterbreitete und 2007 erneuerte Friedensangebot an Israel, die sogenannte Arabische Initiative, welche Israel die volle diplomatische Anerkennung und die Aufnahme entsprechender Beziehungen in Aussicht stellt, falls es die Okkupation beendet und der Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt zustimmt.

DIE PALÄSTINENSISCHE POSITION

Die PLO, darunter vor allem auch die Fatah,⁴ hat sich entgegen ihrer ursprünglichen Forderung nach Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina seit Beginn der 1970er Jahre schrittweise immer deutlicher zum Zwei-Staaten-Konzept bekannt. Dies geschah damals in deutlicher Abgrenzung von den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga, die sich dieses Konzept erst rund ein Jahrzehnt später sukzessive zu eigen machten. Mit der Ausrufung des Staates Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt auf ihrer Nationalratstagung 1988 in Algier bekundete die PLO dann auch offiziell, dessen Formierung auf 22 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebiets anzustreben. Demzufolge würden 78 Prozent des Territoriums beim Staat Israel verbleiben.

Mit dem von Jassir Arafat am 9. September 1993 an den damaligen israelischen Premier Yitzhak Rabin gerichteten Brief erkannte die PLO ausdrücklich «das Recht des Staates Israel, in Frieden und Sicherheit zu existieren», an, und erklärte sich bereit, alle den Endstatus betreffenden offenen Fragen auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Außerdem informierte der Brief über die Streichung aller das Existenzrecht Israels negierenden Artikel in der PLO-Gründungscharta.

Diesen durchaus als historisch zu bezeichnenden Schritt unternahm die PLO in der Hoffnung, nun mit Israel zu einer fairen, auf dem Völkerrecht basierenden Verhandlungslösung zu gelangen und so die Schaffung eines souveränen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 zu ermöglichen. Diese Vorleistung stellte PLO und Fatah vor das Dilemma, nun gegenüber der palästinensischen Bevölkerung nachweisen zu müssen, dass ihr Vorgehen richtig war. Dass sich die in die Oslo-Abkommen⁵ gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten, spielte radikalen Kräften wie der Hamas⁶ in die Hände, beförderte machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen und führte schließlich seit 2007 zur zunehmenden territorialen und politischen Spaltung der Palästinenser: Die PLO kontrolliert das Westjordangebiet (so weit dies nicht Israel tut), die Hamas den Gazastreifen.

War es für das palästinensische nationale Selbstverständnis schon eine Herausforderung, sich mit nur noch rund einem Fünftel des historischen palästinensischen Territoriums abfinden zu müssen, so macht die israelische Siedlungspolitik selbst diese Konzession faktisch zunichte und hat alle einst mit dem Osloer Abkommen verbundenen Hoffnungen enttäuscht. So gibt es für einen zukünftigen Staat Palästina kaum noch ein zusammenhängendes Territorium, da reichlich mehr als die Hälfte – die sogenannte Zone C – wegen angeblicher Sicherheitserfordernisse auf unbestimmte Zeit weiterhin von Israel beansprucht wird. Darüber hinaus wird das Gebiet durch eine Vielzahl von Straßen zerschnitten, die nur Israelis benutzen dürfen, und rund 600 israelische Checkpoints schränken die Bewegungsfreiheit innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete ein.

So gesehen ist die Entscheidung des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas, nunmehr auf internationaler Ebene aktiv zu werden, durchaus als ein letztes Aufbäumen zu werten, um dem Staat Palästina neben Israel noch eine Chance zu geben. Zugleich ist sie der Versuch, die Position von PLO und Fatah gegenüber der Hamas zu stärken. Damit sind Legitimität und Existenz der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) unmittelbar mit der Zwei-Staaten-Lösung verbunden.

Mit dem Beitritt zum Rom-Statut des Internationalen Gerichtshofes (IGH), das laut Aussage des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon ab April 2015 rechtskräftig sein soll, und dem Beitritt zu einem Dutzend weiterer internationaler Konventionen und Verträge hat die palästinensische Seite ihre wohl letzte Karte ausgespielt, um Druck auf Israel auszuüben und zu den Oslo-Vereinbarungen zurückzukehren. Als Reaktion darauf hat Israel die den Palästinensern zustehende Überweisung von Steuern und Zöllen in Höhe von über 130 Millionen US-Dollar gesperrt; wohl wissend, dass damit die Zahlung von Löhnen und Gehältern für die PA-Angestellten ausbleiben wird. Das trifft in erster Linie die Verwaltung im Gazastreifen. So schwächt diese Maßnahme die Stellung der PLO in ihrer Auseinandersetzung mit der Hamas, was wiederum vonseiten der israelischen Regierung als Argument gegen die palästinensische Staatlichkeit benutzt wird.

DIE ISRAELISCHE POSITION

Während die palästinensische Seite mit ihrem sichtlich verstärkten Engagement auf der internationalen Ebene dem Zwei-Staaten-Konzept nun noch eine reale Chance zu geben versucht, will Israel offenkundig den bisherigen Status quo möglichst unangetastet lassen. Zudem möchte es einen internationalisierten Lösungsmechanismus vermeiden und ausschließlich die bilaterale Ebene gelten lassen, auf der die Verhandlungsposition der Palästinenser ohne internationale Unterstützung extrem schwach bleibt. Alle bisherigen israelischen Regierungen haben keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegenüber einem unabhängigen palästinensischen Staat gemacht. Schon gar nicht sollen dafür die Grenzen von 1967 zugrunde gelegt werden. Und Jerusalem, das in Verletzung der UN-Sicherheitsratsresolution 478 (1980) zur ewigen und unteilbaren Hauptstadt des Staates Israel erklärt worden ist, wird ohnehin als unverhandelbar betrachtet.

Spätestens seit dem Machtantritt des Likud-Blocks Ende der 1970er Jahre⁷ liegt klar auf der Hand, dass die zielstrebig betriebene israelische Siedlungspolitik auf palästinensischem Gebiet zwei eng miteinander verknüpften Zielen dienen soll: der Gründung eines Palästina-Staates entgegen-

zuwirken und weiteres Territorium für den Staat Israel hinzuzugewinnen – anders gesagt, *irreversible facts on the ground* zu schaffen.

Die Siedlungspolitik verstößt gegen das Kriegsvölkerrecht (Vierte Genfer Konvention), wonach zivile Ansiedlungen auf okkupiertem Gebiet illegal sind. Die Zahl israelischer SiedlerInnen in der Westbank und in Ost-Jerusalem beläuft sich gemäß eigenen offiziellen Angaben mittlerweile bereits auf mehr als 750.000. Sie wohnen in etwa 150 Siedlungen, von denen einige – die sogenannten Siedlungsblöcke – hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl bereits die Größe von mittleren Städten erreicht haben. Demonstrativ haben Regierungsmitglieder wie zum Beispiel Avigdor Lieberman ihren Wohnsitz in einer Siedlung.

Eine ganze Reihe dieser Siedlungen wurde bewusst so platziert, dass damit die Grenzen von 1967 de facto bereits ausgehebelt wurden. Die als «Sicherheitsbarriere» gegen terroristische Übergriffe errichtete Mauer, die der IGH wegen ihres Verlaufs in einem Rechtsgutachten 2004 als illegal bezeichnete, reicht an manchen Stellen bis zu 20 Kilometer tief in palästinensisches Gebiet hinein. Nahezu täglich wird der Bau neuer Siedlungswohneinheiten bekannt gegeben.

Das israelische Establishment unter Premier Netanjahu verfolgt erkennbar das Ziel, diesen Interimszustand aufrechtzuerhalten, um die territoriale Basis eines zukünftigen Palästinenserstaates obsolet werden zu lassen. Die von extremer Asymmetrie gekennzeichneten bilateralen Gespräche zwischen Israels Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörde laufen darauf hinaus, die palästinensische Seite in die Ecke von Verweigerern zu drängen und mithin als Verantwortliche für die Erfolglosigkeit des Verhandlungsprozesses hinzustellen. Mit der Formel «Verhandlungen ohne Vorbedingungen» schließt die israelische Regierung die von ihr geschaffenen *facts on the ground* zudem von den Gesprächen aus. Jenseits der Siedlungsfrage gilt dies auch für die Forderung, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen, für das von der UNO sanktionierte Recht auf Rückkehr und für die langfristige israelische Militärpräsenz in der Westbank. Entgegen der Rechtslage formulierte Netanjahu Ende November 2014 im Beisein des britischen Premiers Cameron den Anspruch Israels auf das gesamte historische Palästina, und zwar – in Klitterung der nahöstlichen Geschichte – mit der Begründung, Palästinenser seien dort frühestens Anfang der 1940er Jahre aufgetaucht, nämlich auf der Suche nach Arbeit bei den ansässigen Juden.

Neben dem Mainstream gibt es aber auch andere Stimmen – wie beispielsweise die der Israelischen KP und des von ihr angeführten Wahlbündnisses CHADASCH –, die seit Jahren und Jahrzehnten für die Zwei-Staaten-Lösung eintreten. Sie sehen in der Status-quo-Politik gegenüber den Palästinensern folgenschwere negative Folgen für das eigene Land, vor allem für dessen Existenz in Frieden und Sicherheit mit seinen Nachbarn. Die von CHADASCH jüngst mit drei weiteren arabischen Parteien gegründete Vereinte Liste zog bei den Parlamentswahlen vom 17. März 2015 mit 13 (von 120) Abgeordneten in die neue Knesset ein. So werden die BefürworterInnen der Zwei-Staaten-Lösung auch dort eine Stimme haben.

Ende 2014 initiierte zudem ein breites Spektrum von Persönlichkeiten des israelischen öffentlichen Lebens einen Brief an das EU-Parlament in Brüssel, in dem die europäischen Staaten dazu aufgerufen werden, Palästina anzuerkennen. Neben Ex-MinisterInnen, ehemaligen Knessetab-

geordneten, DiplomatinInnen, Generälen, Geschäftsleuten, KünstlerInnen und LiteratInnen – darunter Amos Oz, David Grossman und Abraham B. Jehoshua – unterzeichneten bis Ende Dezember fast 1.000 israelische BürgerInnen den Brief.

PERSPEKTIVEN

135 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen den Staat Palästina an – auch wenn er de facto noch nicht existiert. Bisher fehlen vor allem die westlichen Staaten. Im europäischen Raum deuten sich allerdings Verschiebungen an. Nicht nur Schweden hat die Anerkennung eines palästinensischen Staates beschlossen, auch das britische Unterhaus hat sich mit überwältigender Mehrheit für die Anerkennung eines Staates Palästina ausgesprochen – dies mit der expliziten Begründung, damit die Verwirklichung der Zwei-Staaten-Lösung voranzubringen. Im belgischen Parlament forderte die Mehrheit die Anerkennung «im günstigsten Moment», die (linke!) Opposition die sofortige und bedingungslose Anerkennung. In zahlreichen weiteren EU-Mitgliedstaaten gibt es entsprechende Forderungen. Frankreich machte im UN-Sicherheitsrat Ende Dezember 2014 den Vorschlag, eine Internationale Nahost-Friedenskonferenz zur Lösung des Israel-Palästina-Konflikts auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 (zur Beendigung des Nahostkrieges von 1967) und 338 (zur Beendigung des Krieges von 1973) auf den Weg zu bringen. Das EU-Parlament beschloss am 17. Dezember 2014 eine Resolution, die die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Palästinas in den Grenzen von 1967 unterstützt und Jerusalem zur Hauptstadt beider Staaten erklärt. Der Resolution stimmten 498 Abgeordnete bei 111 Enthaltungen und 88 Gegenstimmen zu. Diese Bewegung, die 2014 im europäischen Raum in Gang gekommen ist, ist sich gewiss der Tatsache bewusst, dass eine Zwei-Staaten-Lösung entweder bald realisiert werden muss oder ansonsten aufgrund der von Israel täglich geschaffenen *facts on the ground* nicht mehr umsetzbar ist.

Daher ist die EU gefordert und scheint sich in ihrer großen Mehrheit allmählich ihrer Verantwortung zu stellen. Sie verfügt mit ihren 28 Mitgliedern, so sie denn einheitlich handelten, durchaus über die Fähigkeit, die Zwei-Staaten-Option nach vorn zu bringen, wenn

- sie sich entschlossen zeigte, die Rolle eines aktiven Players zu übernehmen, indem sie außer auf die prinzipiellen Anerkennung des palästinensischen Staates gleichzeitig auch auf die Implementierung eines internationalen Mechanismus zur Lösung der offenen Streitfragen fokussierte – bis hin zu Vereinbarungen über zu dessen Kontrolle erforderliche Sicherheitsgremien;
- sie dazu bereit wäre, die ihr verfügbaren Druckmittel einzusetzen, indem beispielsweise Transferleistungen oder andere bestimmte Vergünstigungen oder Upgrades in den Beziehungen zu Israel von messbaren Fortschritten bei der Zwei-Staaten-Lösung abhängig gemacht würden;
- sie die Einhaltung ihrer 2013 verabschiedeten Leitlinien zum Umgang mit den israelischen Siedlungen in der palästinensischen Westbank, in denen diese erstmalig in solch offizieller Form delegitimiert wurden, strikt kontrollierte sowie
- alle EU-Mitgliedstaaten dem Beispiel Schwedens folgten und ihrerseits den Staat Palästina anerkennen würden.

Damit würde auch ein gewisser Druck auf die USA entstehen, der es diesen erschweren würde, ihre einseitige, in allererster Linie an den Bestrebungen der herrschenden israe-

lischen Kräfte ausgerichtete Position weiterhin zu vertreten. Schon in der Vergangenheit gingen von der EU positive Wirkungen aus, beispielsweise von der Venedig-Deklaration 1980, die erstmals westlicherseits die Palästinenser als eigenständiges Handlungsobjekt, politisch vertreten durch die PLO, respektierte und deren Recht zur vollen Ausübung ihrer Selbstbestimmung einforderte. Dies wurde danach auch von US-PolitikerInnen aufgenommen, einschließlich der Akzeptanz der Zwei-Staaten-Lösung. Selbst das Umdenken innerhalb der Arabischen Liga wurde dadurch seinerzeit befördert.

Als Alternative zum Zwei-Staaten-Konzept käme nur die Etablierung eines binationalen Staates in Betracht, in dem die Interessen zweier divergierender Nationalbewegungen kollidieren würden. KritikerInnen auch aus dem israelischen Establishment verweisen zu Recht auf die negativen Folgen eines solchen Einheitsstaates vor allem auch für Israel. Er widerspräche zutiefst dem vorgetragenen Anspruch eines jüdischen und zugleich demokratischen Staates. Der jüdische Charakter des Staates könnte nur kraft einer gezielten Ausgrenzungs- und Unterdrückungspolitik der dann zur Mehrheit herangewachsenen nichtjüdischen Bevölkerungsteile aufrechterhalten werden.

Der Charakter Israels als jüdischer und demokratischer Staat kann folglich nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung garantiert werden. Auch dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser könnte allein dadurch entsprochen werden.

Umso mehr müsste deshalb nun umgehend und mit aller Konsequenz insbesondere auf internationaler Ebene dafür Sorge getragen werden, dass endlich auch den legitimen nationalen Rechten der Palästinenser genüge getan wird – ehe es dafür endgültig zu spät ist. Denn solange die Palästinafrage offen ist, wird auch Israel ungeachtet all seiner militärischen Überlegenheit nicht in Frieden und Sicherheit leben können. Zu einem Zeitpunkt, da der Ausbruch einer dritten Intifada immer wahrscheinlicher wird, müsste Israel unmissverständlich klar gemacht werden, dass die Existenz eines palästinensischen Staates seinen legitimen Sicherheitsinteressen besser dient als die Fortdauer der derzeitigen Situation.

Politisch geht es in Deutschland für alle linken und Friedenskräfte darum, dazu beizutragen, dass die Bundesregierung ihre abwartende Haltung in der Palästinafrage aufgibt und ihrerseits den Staat Palästina auf den völkerrechtlichen Grundlagen anerkennt. Zum anderen sollte auch auf europäischer Ebene auf ein noch aktiveres Engagement der EU bei der Durchsetzung des Zwei-Staaten-Konzepts hingewirkt werden, dem nunmehr eine Schlüsselrolle zukommt.

So ist auch das Parteiprogramm der LINKEN in dieser Hinsicht unmissverständlich: «Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.»

Bis es soweit ist, sollte der im Sommer 2014 gebildeten palästinensischen Einheitsregierung jede Unterstützung gewährt werden, gerade weil diese selbst innerpalästinensischen Belastungsproben ausgesetzt ist und seitens Israel abgelehnt wird.

Dies kann auch nicht mehr an der Begründung scheitern, dass Hamas diese Regierung mitträgt, hat doch inzwischen

der Europäische Gerichtshof die EU angewiesen, die Hamas von ihrer Terrorliste zu streichen.

All jene Kräfte in Israel, die sich für eine umgehende Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung aussprechen, verdienen zudem ausdrückliche Solidarität und Unterstützung. Dies gilt insbesondere für CHADASCH.

Das sich anscheinend nun in der Palästinafrage neu öffnende *window of opportunity* sollte unbedingt genutzt werden. Denn darin liegt möglicherweise die letzte Chance, um doch noch die Zwei-Staaten-Option zu realisieren. Diese wäre ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der äußerst angespannten Lage in der gesamten Region.

Karin Kulow ist Arabistin, Islamwissenschaftlerin und Historikerin und war Professorin für Geschichte mit Schwerpunkt Naher Osten in Berlin. Werner Ruf ist Politologe und Friedensforscher und war Professor für internationale und innergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik mit Schwerpunkt Naher Osten an der Universität Kassel. Beide AutorInnen sind Mitglieder des Gesprächskreises Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Das Papier wurde im Gesprächskreis Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutiert. Die dort geäußerten Anregungen und Vorschläge wurden bei der Endfassung berücksichtigt. **2** Wenn die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates – USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien – einer Beschlussvorlage nicht zustimmen, kommt der Beschluss nicht zustande. **3** Der 1945 in Kairo gegründeten Organisation arabischer Staaten «Arabische Liga» gehören 21 arabische Nationalstaaten aus Afrika und Asien sowie Palästina an. **4** Die PLO ist eine Dachorganisation verschiedener palästinensischer Parteien und Bewegungen; die Fatah eine politische Partei mit dem Namen «Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas». Jassir Arafat war 1957 Mitbegründer der Fatah, seit 1968 Vorsitzender der Fatah und ab 1968 Vorsitzender der PLO. Gemeinsam mit den früheren israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres und Yitzhak Rabin erhielt Arafat für seine Bemühungen um eine Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts 1994 den Friedensnobelpreis. Er starb 2004. **5** Als Oslo-Abkommen werden die Vereinbarungen von 1993 und 1994 zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts bezeichnet, wofür die Hauptbeteiligten beider Seiten 1994 den Friedensnobelpreis erhielten. **6** Die Hamas – «Bewegung des Islamischen Widerstandes» – konstituierte sich 1987 zu Beginn der ersten palästinensischen Intifada (Erhebung) gegen die israelische Okkupation. Hervorgegangen aus der 1973 in Gaza gegründeten «Islamischen Sammlung» definierte sie sich als «Flügel der Muslimbrüder in Palästina und in der Welt» mit engen Verbindungen zur ägyptischen Muslimbruderschaft. Ihre Kontroverse mit Fatah und PLO wurzelt in deren Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen mit Israel. Weder bekennt sie sich wie Fatah und PLO offiziell zur Zwei-Staaten-Lösung, noch will sie sich allein auf den politischen Widerstand gegen die Okkupation Israels festlegen. Vielmehr erachtet sie den Einsatz militärischer Mittel als legitimes Widerstandsrecht. Nichtsdestoweniger haben sich einzelne ihrer führenden Vertreter auch schon für die Zwei-Staaten-Lösung ausgesprochen und prinzipielle Bereitschaft zur Aussöhnung mit Fatah und PLO bekundet, wenngleich sich diese nach wie vor schwierig gestaltet. **7** Likud ist ein konservatives Parteienbündnis in Israel, das 1973 gegen das ursprüngliche Übergewicht der sozialdemokratischen Arbeitspartei gegründet wurde. Likud stellte 1977 mit Menachem Begin erstmals den Ministerpräsidenten. Später folgten Yitzhak Schamir und der heutige Ministerpräsident Benjamin Netanjah.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: April 2015
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling